

# Berliner Kreis **Aktuell**

02/2021

## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Unterstützer,

nach nun einem Jahr pandemischer Lage liest sich der Pressespiegel zunehmend wieder optimistischer. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende Markus Söder schlug kürzlich eine sogenannte „Öffnungsmatrix“ als Öffnungsstrategie für Deutschland vor. Ein ähnlicher Vorschlag wurde so jetzt auch von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen. Je nach Entwicklung der Inzidenzzahlen in einem Landkreis, soll in Stufen geöffnet werden können. Es sind ebenfalls Öffnungsschritte ab bestimmten Zeitpunkten vorgesehen. Ab 08. März zum Beispiel, ist Teamsport wieder grundsätzlich möglich. Beschränkungen der Teilnehmeranzahl oder die Möglichkeit Kontaktsportarten zu betreiben hängen jedoch vom Infektionsgeschehen ab. Statt einem undifferenzierten „Lockdown-Hammer“, wie es die Bild-Zeitung titelte, stehen die Zeichen also auf Öffnung und Eigenverantwortung. Der Maßnahmenkatalog ähnelt auch dem Öffnungskonzept, welches das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo-Institut) vorschlug. Wirtschaft und Pandemiebekämpfung gehen von nun an Hand in Hand. Auch werden ab 08. März

Schnelltests eingeführt, die zusätzliche Sicherheit bei Kontakt mit Menschen gewährleisten. Hausärzte sollen ab Ende März/Anfang April ebenfalls impfen dürfen.

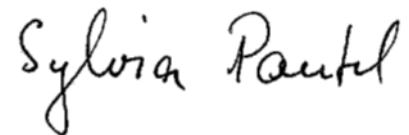
Das macht Hoffnung! Hoffnung macht auch die Prognose der Weltgesundheitsorganisation, dass das Ende der Pandemie absehbar ist, und auch ein Normalzustand, wie er vor Corona existierte wieder möglich scheint. Dennoch mahnen die wieder leicht steigenden Infektionszahlen und die Prognosen des RKI weiterhin zur Vorsicht.

„Durchhalten“ ist in den Ohren vieler Selbstständiger inzwischen zur leeren Parole geworden. Wie die Krise durchgehalten werden soll, wenn monatelang alles geschlossen war und die Überbrückungshilfen nicht in versprochenem Umfang in der Wirtschaft angekommen sind, diese Frage wurde in Berlin meines Erachtens lange Zeit viel zu wenig beachtet. Die Union war und ist die Wirtschaftspartei. Pragmatismus statt ideologischem Interventionismus ist unser Leitbild. Doch nun in der Krise geben wir in Sachen Überbrückungshilfen nicht immer ein gutes Bild ab. Das Wirtschaftsministerium muss jetzt dringend dafür sorgen, dass die versprochene Überbrückungshilfe III,

anders als im Herbst, schnell und in vollem Umfang ausgezahlt wird.

Um aus dieser Pandemie zu lernen, gilt es zu analysieren und transparent zu machen, was erfolgreich gelang und was nicht. Unabhängige Expertenteams mit unterschiedlichen Professionen und Expertisen wären der richtige Weg für eine umfassende Analyse. Was wir mit Sicherheit jetzt schon feststellen können, ist: Das Gesundheitssystem kann auch mögliche Krisen bewältigen, muss aber personell und digital besser ausgestattet werden. Das wird die Aufgabe der Bundesregierung nach der Bundestagswahl sein.

Mit besten Grüßen



Sylvia Pantel, MdB

# INHALTSVERZEICHNIS

## **S.3 Andreas Mattfeldt, MdB**

Deutschland im Dauerlockdown

## **S.5 Hans-Jürgen Irmer, MdB**

Für die Freiheit des Forschens: Gegen grüne Denkverbote

## **S.6 Hans-Jürgen Irmer, MdB**

Beim Gendern geht es um mehr als Sprache: Die Revolution der Gesellschaft durch Sprache

## **S.8 Dr. Michael von Abercron, MdB**

Mehr Wohnraum schaffen - Kein Verbot von Einfamilienhäusern

## **S.9 Dr. Michael von Abercron, MdB**

Trotz bestehender Skepsis:

Kompromiss beim Insektenschutz ist Verhandlungserfolg von CDU-Landwirtschaftspolitik

## **S.10 Sylvia Pantel, MdB**

Prostitutionspolitik: Warum ein Sexkaufverbot den Frauen schadet

## **S.13 Darum haben wir den Berliner Kreis gegründet**

# Deutschland im Dauerlockdown

Andreas Mattfeldt

Seit nunmehr fast vier Monaten befindet sich Deutschland im zweiten Lockdown. Die Kosten durch das wirtschaftliche Koma sind enorm gestiegen und die gesellschaftlichen, sowie seelischen Konsequenzen noch nicht einmal abzusehen. Trotzdem fehlt jede belastbare Perspektive, wann die Gesellschaft wieder zur Normalität zurückkehren kann.

Bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 10. Januar 2021 wurde wieder deutlich, dass es zwischen den einzelnen Ländern und der Bundeskanzlerin deutliche Unterschiede in der Strategie der Pandemiebewältigung gibt. Die Frage der Verlängerung des Lockdowns wird jedoch müßig, wenn man sich die misslungene Gesamtstrategie der Bundesregierung und Europäischen Union ansieht.

Hier kritisiere ich vor allem die träge und zögerliche Vorgehensweise bei den Impfstoffbestellungen. Obwohl der Bundesgesundheitsminister die rechtliche Grundlage zur Verfügung hätte den Biontec/Pfizer Impfstoff von anderen Unternehmen wie Beyer oder Merck auf Lizenz produzieren zu lassen, wird dies offenbar nicht in Erwägung gezogen. Wenn die Situation wirklich so dramatisch ist, wie uns die Bundeskanzlerin bescheinigt, warum werden nicht alle Register gezogen den Impfstoff zu produzieren?

Darüber hinaus unterhalte ich mich auch mit Virologen, Epidemiologen und Medizinern, die eine andere Sichtweise auf die Entwicklung der Lage haben. Die übergroße Zahl an verstorbenen Menschen ist in den Altersgruppen über 70 Jahren. Damit haben wir die Hauptrisikogruppen identifiziert, welche besonderen Schutz und Fürsorge

verlangen. Gerade, weil Corona ein hochansteckendes Virus ist. Das heißt Impfungen für diese Altersgruppen und diejenigen, die mit ihnen arbeiten. Auch müssen diese Menschen wieder soziale Kontakte und Familie sehen dürfen. Vereinsamung ist neben verschobenen medizinischen Behandlungen eine massive Belastung für einen älteren Menschen. Aber auch junge Menschen und Kinder leiden vor allem unter der sozialen Isolation. Es wird ihnen bereits das zweite Jahr ihrer Jugend genommen, obwohl sie keine Risikogruppe darstellen. Die Bundesregierung muss endlich eine breitere Meinungsfacette von Experten bei ihren Beratungen zulassen.

Schließlich schaue ich mir auch die Inzidenzzahlen in meinem Wahlkreis in Verden und Osterholz an. Hier liegen wir bei knapp 18 bzw. 31. Es ist den Bürgern nicht zu erklären, warum sie bei einem so niedrigen Wert weiterhin zu Hause bleiben sollen. Wenn ich mir auch die Zahlen in Italien oder Luxemburg vor Augen führe, wo der Einzelhandel, Gastronomie und Friseure wieder geöffnet haben, sehe ich keine Explosion der Fallzahlen. Die Italiener halten sich strikt an die Hygieneregeln und erlauben normaleres Leben, das sollten wir auch tun.

Auch ist hierbei zu berücksichtigen, dass es in Deutschland keine flächendeckend überlasteten Krankenhäuser gibt. Selbst wenn in einer Region wie Zittau ein Krankenhaus überfüllt sein sollte, haben die Krankenhäuser in Leipzig und Dresden die Behandlung der Patienten abfedern können. Für mich zeigt das nicht ein Versagen des Gesundheitssystems, sondern eher eine

effiziente und ressourcenschonende Infrastruktur. Wenn es hart auf hart kommt, steht eben auch der Helikopter zur Verfügung. Wenn man sich die Regionen, in denen die Inzidenzzahlen hoch sind einmal genau anschaut, erkennt man auch, dass diese eben wieder in ein Muster passen. Viele Landkreise in Thüringen, Sachsen, aber auch das bayerische Tirschenreuth sind überaltert. Erstens, ältere Menschen gehören zu der Risikogruppe, von denen glücklicherweise die große Mehrheit wieder geneset. Zweitens, könnte dies auch eine Erklärung sein, warum in diesen Teilen unseres Landes die Zahlen erst später hochgingen, da ältere Menschen oft einen eingeschränkteren Mobilitätswert aufweisen.

Ebenso ist die Mutation schon seit mehreren Wochen in Deutschland nachgewiesen. Ein Anstieg der Inzidenzzahlen ist aber noch nicht erfolgt. In Großbritannien gab es zum Beispiel nach einem starken Anstieg auch wieder einen starken Rückgang der Infektionen. Die teilweise verbreiteten Angstskizzen gab und gibt es leider auch bei der Grippe und oder bei älteren Vorerkrankten durch das Norovirus.

Wenn wir also bei jedem neuen Virus die Weltwirtschaft lahmlegen, dann lohnen sich unsere Anstrengungen der Vergangenheit kaum. Einen Lockdown bzw. die notwendigen medizinischen Behandlungen muss sich eine Gesellschaft auch leisten können. Die Menschen, die einen sicheren Arbeitsplatz haben, weil sie vielleicht im öffentlichen Dienst arbeiten betrifft es nicht so stark wie diejenigen, die in der freien Wirtschaft tätig sind. Diese

Menschen leiden nicht nur finanziell, sondern auch psychisch. Viele werden in den nächsten Monaten gezwungen sein sich neu zu erfinden oder ihr Geschäft ganz aufzugeben. Wenn diese Steuerbasis deutschlandweit wegbricht, kann sich Deutschland auch irgendwann keine Überbrückungshilfen mit zinsgünstigen Krediten mehr leisten. Hier warne ich vor allem als Haushälter im Deutschen Bundestag.

Derzeit sind die Wirtschaftshilfen jedoch essenziell zur Bewältigung der coronabedingten Wirtschaftskrise – eine Lebensversicherung. Die jetzige Hilfe kommt aber zu spät. Es ist auch einfach nicht angebracht, mit Bildern der „Bazooka“ oder einem „Wumms“ eine derart rezessive wirtschaftliche Phase auch noch politisch verkaufen zu wollen. Das ist unredlich. Wichtiger ist es hier die administrativen Dinge besser zu koordinieren und zu steuern. Ich weiß, dass sich viele eine Soforthilfe ohne Bürokratie wünschen. Jedoch ist mit den Missbrauchserfahrungen aus dem ersten Hilfspaket dies nun einmal leider erforderlich. Es muss aber schneller gehen und darf nicht an programmiertechnischen Problemen haken. Hier geht die Kritik ganz eindeutig an das Wirtschaftsministerium.

Als Unternehmer und direkt gewählter Abgeordneter spreche ich naturgemäß auch immer für mich selbst. Dennoch teilen viele Kollegen fraktionsübergreifend meine Skepsis gegenüber den derzeitigen Maßnahmen. Ich mahne seit März letzten Jahres eine Verhältnismäßigkeit der Schutzmaßnahmen an.

Die Pandemie darf auch kein Wahlkampfthema werden. Dazu ist die Situation zu ernst und zu viel steht auf dem Spiel. Wir müssen jetzt verantwortungsvoll lockern, und so schnell wie möglich durchimpfen. Wenn wir den Zeitpunkt verpassen, fürchte ich

einen Lockdown bis 2022. Das können wir uns nicht leisten und daran könnte Europa wirklich scheitern.

Solidarität und Eigenverantwortung sind in der Pandemie wichtiger denn je. Dies muss aber auch in der demokratischen Struktur des Landes widerspiegelt werden. Mit Voraussicht habe ich gegen das Infektionsschutzgesetz gestimmt und bin weiterhin dagegen. Die Debatte über Corona-Maßnahmen gehört nicht in ein Gremium wie die Ministerpräsidentenkonferenz, sondern in den Deutschen Bundestag, genauso wie das Parlament auch die rechtsverbindliche Entscheidung über die einzelnen Maßnahmen verantworten sollte.

Ich kann es meinen Bürgern kaum noch vermitteln, warum sie ständig weiter Einschränkungen hinnehmen sollen, obwohl sie sich coronabedingt verhalten. Im Norden hält man sich an die Regeln. Ich frage mich immer, ob Herr Söder auch die Solidarität einfordern würde, wenn wir umgekehrte Verhältnisse hätten: im Norden hohe Inzidenzen und im Süden sehr niedrige.

Wir müssen endlich den Teufelskreis des Lockdowns durchbrechen.



Andreas Mattfeldt, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Osterholz-Verden.

Mitglied im Haushaltsausschuss, im Petitionsausschuss und im Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union.

# Für die Freiheit des Forschens: Gegen grüne Denkverbote

Hans-Jürgen Irmer

**Hätte man auf die Grünen gehört, gäbe es keinen Corona-Impfstoff**

Im Jahr 2008 haben Özlem Türeci und Ugur Sahin die mittlerweile weltbekannte Firma Biontech gegründet. Vorher gründeten sie noch ein anderes pharmazeutisches Unternehmen. Beide allerdings nutzen die Gentechnik für die Entwicklung von neuen Medikamenten und Impfstoffen.

**Grüne Fortschrittsfeinde**

Man muss gelegentlich daran erinnern, was grüne Politiker einst forderten, welche verheerenden Auswirkungen das heute hätte und was sie teilweise heute immer noch fordern. Die Grünen in Deutschland haben auf ihrem Kongress „Gen-Medizin – Das Versprechen einer Gesellschaft ohne Krankheit und Behinderung“ in Berlin 1997 beschlossen, dass Gentechnik grundsätzlich und für alle Anwendungsbereiche abzulehnen ist. Wörtlich heißt es: „Wir wollen deshalb die Gentechnik zurückdrängen.“ Zum Glück konnten sich die Grünen in der ersten rot-grünen Koalition 1998 mit dieser Totalforderung nicht durchsetzen. Wenn es nach den Grünen gegangen wäre, hätte auch die Forschung nicht unterstützt werden dürfen. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek hat deshalb zu Recht kürzlich darauf verwiesen, dass der Impfstoff gegen COVID 19 nur durch Genmanipulation ermöglicht wurde, so wie die beiden eingangs genannten Unternehmen die Gentechnik für die Entwicklung von neuen Medikamenten und Impfstoffen genutzt haben – mit Erfolg.

**Grüne haben nichts gelernt**

Wer nun glauben würde, die Grünen hätten aktuell aus dieser fortschrittsfeindlichen Vergangenheit gelernt, musste sich eines Besseren

belehren lassen. Es waren der Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI) und der Dekan der Charité in Berlin, die im November letzten Jahres noch dem Berliner rot-rot-grünen Senat vorwarfen, Anträge für Tierversuche, darunter ein Experiment zur COVID-19-Forschung, nicht zu genehmigen. In Berlin ist gesetzlich vorgeschrieben, dass die Tierversuchskommission vor entsprechenden Versuchen angehört werden muss. Zuständig für die siebenköpfige Kommission ist Justizminister Dirk Behrendt von den Grünen. Der lud die Tierversuchskommission gar nicht erst ein, so dass man auch keine Beschlüsse durchführen konnte.

Sein Ziel war die Blockade und sein Ziel war und ist in diesem Gremium, die Sitze mit Tierschützern zu besetzen, sodass das Ergebnis ideologisch bedingt von vorneherein klar ist. Die Spitzen der genannten Institute, hinzu kommt noch die Freie Universität, erklärten öffentlich, dass diese Situation die biomedizinische Forschung blockiere und zu einer ernstzunehmenden Verzerrung des europäischen und weltweiten Forschungswettbewerbs führen könne.

**Für die Freiheit von Forschung und Lehre**

Das, was an deutschen Universitäten jahrzehntelang gang und gäbe war, gerät zunehmend unter parteipolitischen/ideologischen Druck. Das fängt an mit der scheinbar harmlosen Gender-Politik, geht weiter über die Besetzung von Professorenstellen und die Verhinderung von Berufungen missliebiger Professoren bis hin zur politisch gewollten Absicht, bestimmte Themen gar nicht erst untersuchen zu lassen. Dies ist das Gegenteil von Freiheit. Forschung bedeutet immer, ergebnisoffen Sachverhalte zu erforschen, sich ständig

zu hinterfragen, um neue Erkenntnisse zu erzielen. Und wenn es die Erkenntnis ist, dass eine wie auch immer geartete Theorie in der Praxis nicht zum Erfolg führt. Auch dies ist eine Erkenntnis.

Von vorneherein Denkverbote zu erlassen, führt zur Provinzialität und zum Absturz Deutschlands in der weltweiten Wissenschaftslandschaft. Zur Erinnerung: Wir haben in Deutschland über 200 völlig überflüssige sogenannte Gender-Professuren, China keine einzige. Dafür hat China über 1000 Professuren im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Spätestens hier ist die Frage erlaubt, was dem Standort Deutschland in Zukunft eher nutzt!

# Beim Gendern geht es um mehr als Sprache: Die Revolution der Gesellschaft durch Sprache

Hans-Jürgen Irmer

Der ehemalige Generalsekretär der CDU Deutschlands, Professor Kurt Biedenkopf, langjähriger und höchst erfolgreicher Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, sprach Anfang 1973 bezugnehmend auf die sogenannte 68er-Generation und deren Revolte von einer „Revolution neuer Art: Es ist die Revolution der Gesellschaft durch Sprache... Sie besetzt Begriffe und damit die Informationen der freien Gesellschaft.“ Damals gab es den Begriff gendern genauso wenig wie 1948.

## Orwell lässt grüßen

Als George Orwell 1948 sein berühmtes Buch „1984“ auf den Markt brachte, schaffte er einen Klassiker, der in beklemmender Vision eine Diktatur beschreibt, die Gedanken und Gefühle der Menschen bis ins Letzte steuert. Fake News, Hate Speech und anderes mehr gab es damals nicht. Aber George Orwell formulierte durch seine Romanhauptfigur Winston Smith wie folgt:

„Wir geben Neusprech den letzten Schliff... Wir merzen jeden Tag Wörter aus... Siehst du denn nicht, dass Neusprech kein anderes Ziel hat, als die Reichweite der Gedanken zu verkürzen?... Es ist lediglich eine Frage der Wirklichkeitskontrolle... Die Revolution ist vollzogen, wenn die Sprache geschaffen ist... Es wird überhaupt kein Denken mehr geben... Strenggläubigkeit bedeutet: nicht mehr denken zu müssen.“ Genau dies geschieht aktuell durch gezielte Sprachveränderung, um das Bewusstsein von Menschen zu verändern. Es geschieht durch selbst ernannte Political Correctness, die auf keiner inhaltlichen Veränderung der Gesellschaft fußt, sondern vorgegeben ist.

Und bei Gender geht es eben nicht um die Gleichberechtigung von Mann und

Frau, sondern es geht um die Zerstörung des binären Geschlechterverständnisses von Mann und Frau, auf die Auslöschung des für unsere Ordnung zentralen Begriffs von Ehe und Familie. Es geht um die sogenannte „Cancel-Culture“, die dazu führt, Menschen auszugrenzen, zu diskriminieren, zu diskreditieren, frei nach dem marxistischen Dreisprung „Diffamieren, Isolieren, Liquidieren“. Wie weit das gehen kann, konnte man vor wenigen Wochen an einer britischen Universität feststellen, wo ein Lehrer entlassen wurde, der am biologischen Unterschied zwischen Männern und Frauen öffentlich festhielt und damit gegen den selbsternannten, juristisch nicht haltbaren Gender-Kodex verstieß.

## Mediale Bevormundung

Pseudo-Intellektuelle, Links-Intellektuelle und selbsternannte Fortschrittliche praktizieren dieses linke Sprachdiktat verstärkt in Behörden, teilweise durch Anordnung von Verwaltungsspitzen, in Kirchen und nicht zu vergessen in Redaktionen, die zum Gendern ermutigen und dem Vernehmen nach Leitfäden an die Hand geben, wie gendern richtig funktioniert. „Es ist nicht Aufgabe von Rundfunkanstalten“, so die Junge Union Hessen, „die Bevölkerung sprachlich umzuerziehen. Es ist die Aufgabe der Rundfunkanstalten, möglichst neutral über unterschiedliche Sachverhalte zu berichten.“ Zu den selbsternannten Erziehern gehören u.a. Claus Kleber vom ZDF, der das Gender-Sternchen, also Bürger-(Pause)-innen spricht, Petra Gerster, kurz vor ihrem Ruhestand, die mit „Glottisschlag“, also einem Zungenschmalzer, von Apotheker\*innen spricht und meint erklären zu müssen, dass diese neue Form der Modernität besonders bei „älteren Männern“ umstritten sei. Dies ist eine Verballhornung der deutschen Sprache und der deutschen Kultur.

## Offener Brief an Frau Gerster

„Hochverehrte Frau Gerster, (gender-vulgo: Gerster\*in)!

Geschätzte Moderierende und Texte Ablesende!

„Sprache ist ja etwas Lebendiges. Sie verändert sich mit der Gesellschaft.“ Das sagen Sie? Aber die Sprache gehört dem Volk und nicht verideologisierten Moderierenden semi-staatlicher Einrichtungen. Sie wollen sich von Jahrhunderten Sprachgeschichte emanzipieren und vergewaltigen von oben herab die Sprache eines Luther, eines Goethe, eines Schiller, eines Kant! Aber das sind ja „ältere Männer.“

Und mit Linguistik haben Sie sich sicher auch nicht befasst. Dennoch machen wir noch einmal einen Versuch und empfehlen Ihnen wenigstens die Lektüre des Essays des renommierten Sprachwissenschaftlers Peter Eisenberg aus der FAZ vom 8. Januar 2021 auf Seite 12. Eisenberg schreibt dort unter anderem: „Die Anhänger des sprachlichen Genderns wollen uns Vorschriften machen, kennen aber die Sprachgeschichte nicht.“

Aber lassen wir das! Ich nenne Ihnen zwei Gründe, warum die Briefe an Sie weniger werden. (Gerster hatte sich darüber beklagt, kritische Briefe erhalten zu haben, die aber weniger werden würden.) Erstens denken sich viele Leute frei nach Schiller „Mit Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens“ (in: „Die Jungfrau von Orleans“). Oder sie denken an Kant und seinen Aufsatz „Über Schwärmerei und die Mittel dagegen“. Dort schreibt er: „Gegen redselige Unwissenheit hilft kein weitläufiges Widerlegen, sondern nur verachtendes Schweigen.“ Und dann eben zweitens: Immer mehr Leute meiden Ihre Sendungen. Man braucht sie

nicht. Schade, Frau Gerster, dass Sie meinen, sich wenige Wochen vor Ihrer Versetzung in den Ruhestand der „Avantgarde“ der Sprachverhunzer anschließen zu müssen. Wir hätten Ihnen etwas mehr Sensibilität für unsere wunderbare Sprache zugetraut.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Josef Kraus“

Diesem Offenen Brief des Ehrenpräsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, ist nichts hinzuzufügen, außer dem Hinweis, dass der Duden auf seiner Internetseite [duden.de](http://duden.de) erklärt hat, gendern zu wollen. Dann müsste er mit sich anfangen, denn der Duden ist männlich, die Duden ist weiblich, am besten schreibt man das Duda, und dann müssten alle Gender-Beladenen dieser Welt zufrieden sein.



*Hans-Jürgen Irmer,  
CDU-Bundestagsabgeordneter aus  
Lahn-Dill.*

*Mitglied im Ausschuss für  
Inneres und Heimat.*

# Mehr Wohnraum schaffen - Kein Verbot von Einfamilienhäusern

Dr. Michael von Abercron

„Ein grundsätzliches Verbot von der Ausweisung von Flächen für den Bau von Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und Kettenbungalows über gesetzliche Bundes- oder Landesgesetze darf es nicht geben, vielmehr muss es unser Ziel sein, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Deshalb setze ich auf wesentliche Vereinfachungen und Verbesserungen zur Schaffung von neuem Wohnraum. Der vorliegende Entwurf eines Baulandmobilisierungsgesetzes zur Novelle des Baugesetzbuches verfolgt leider bisher in weiten Teilen nur die Baulandumverteilung in kommunale Hände, ohne dass erkennbar wird, wie dadurch Bauland mobilisiert werden soll. Darüber hinaus ist aus meiner Sicht die geplante Regelung nicht akzeptabel, die es Gemeinden in angespannten Wohnungsmärkten erlauben soll, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter einen Genehmigungsvorbehalt zu stellen. Es ist zu befürchten, dass ein solcher Genehmigungsvorbehalt daher schnell zu einem Umwandlungsverbot führt.

Verbote aber sind, unabhängig ob für Einfamilienhäuser oder Wohnungen, völlig ungeeignet, bezahlbaren Wohnraum entsprechend der Wünsche

von Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Damit würde nicht nur der private Wohnungsbau erheblich leiden, sondern würde auch dem Ziel entgegenwirken, den Zugang zu Wohneigentum weiter zu verbessern. Denn gerade Wohnungen in Mehrfamilienhäusern stellen wichtige Einstiegsimmobilien in den Wohneigentumsmarkt dar. Grundsätzlich sind aber derartige weitreichende Eingriffe in die Eigentumsrechte der Bürger abzulehnen und deshalb setze ich mich dafür ein, dass durch entsprechende

Änderungsanträge dieser Genehmigungsvorbehalt aus der Vorlage gestrichen wird.

Vielmehr muss darüber nachgedacht werden, wie der Zugang zu Wohneigentum erleichtert werden kann, damit mehr Mieter von einem Vorkaufsrecht bei Umwandlungen Gebrauch machen können. Außerdem sollte der Zugang zu Wohneigentum erleichtert werden, denn trotz der dauerhaft niedrigen Zinsen und der damit verbesserten Erschwinglichkeit von Wohneigentum stagniert die Wohneigentumsquote. Maßgeblicher Grund dafür ist, dass es den Haushalten am erforderlichen Startkapital fehlt. Wer eine Wohnung kaufen möchte, braucht bei der Hypothekenfinanzierung auch genügend Ersparnisse, um die Grunderwerbsteuer, Notar- und Grundbuchkosten zu bezahlen. Auch hier sehe ich auch noch erheblichen Handlungsbedarf!“



# Trotz bestehender Skepsis: Kompromiss beim Insektenschutz ist Verhandlungserfolg von CDU-Landwirtschaftspolitik

Dr. Michael von Abercron

„Wir wollen Insektenschutz. Für unsere Landwirte, die Insekten brauchen und gemeinsam mit den Landwirten!“, erklärt der Bundestagsabgeordnete Michael von Abercron.

„Das Bundesumweltministerium von Ministerin Schulze setzt dagegen auf Eingriffe wie pauschale Unterschutzstellungen von Streuobstwiesen und artenreichem Grünland, Anwendungsverbote von Pflanzenschutzmitteln z.B. in FFH-Gebieten sowie pauschalen Gewässerabstand von 10 m - und das ohne verlässliche Regelungen für die weitere Förderung oder finanziellen Ausgleich. Allein durch das pauschale Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln an Gewässern wären in Schleswig-Holstein rund 25.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche betroffen. Für unsere Landwirtinnen und Landwirte ist das ein Schlag ins Gesicht.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der erreichte Kompromiss dennoch ein Verhandlungserfolg von Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner, für den sich auch die Agrarpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vehement eingesetzt hatten: Ackerflächen in FFH-Gebieten (außerhalb von

Schutzgebieten) sind von den Verboten rechtlich unbefristet ausgenommen, für Vogelschutzgebiete werden keine Verbote erlassen. Der Anbau von Sonderkulturen wie Obst- und Gemüse sowie die Saatgut- und Pflanzenvermehrung sind von den Anwendungsverböten ausdrücklich ausgenommen.

Aber die Skepsis bleibt. Daher werden wir im anstehenden parlamentarischen Verfahren zum Bundesnaturschutzgesetz auf folgende Punkte bestehen:

- Festschreibung der Kooperationspflicht (Vertragsnaturschutz mit Landnutzern) in FFH- und Naturschutzgebieten
- die gesetzliche Absicherung eines Rechtsanspruchs auf Entschädigung
- die gesetzliche Absicherung der Länderöffnungsklauseln
- Ausnahmen für PSM-Anwendungsverbote in Naturschutzgebieten

Denn zwischen Umwelt- und Klimaschutz und einer ertragreichen Landwirtschaft besteht nach meiner Überzeugung kein Gegensatz!"



*Dr. Michael von Abercron, CDU-Abgeordneter aus Pinneberg.*

*Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.*

# Prostitutionspolitik: Warum ein Sexkaufverbot den Frauen schadet

Sylvia Pantel

Nach dem Glauben weltfremder Idealisten soll die Utopie vom „Ende der Prostitution“ gesetzlich erzwungen werden können. Mit Sexkaufverbot und Freierbestrafung wollen die Befürworter des „Nordischen Modells“ die staatliche Luftthoheit über den Schlafzimmern gewinnen. Statt Schutz für von Gewalt betroffene Frauen bieten sie moralische Bevormundung. Plötzlich zählt die sexuelle Selbstbestimmung nicht, sondern simpler Populismus. Sie glauben: Alle Begleiterscheinungen der Branche, wie Zwangsprostitution, Zuhälterei und Menschenhandel würden mit einem Sexkaufverbot verschwinden. Sie vermuten, dass es mit dem Verbot keine Prostitution mehr gäbe, dabei befördern sie in ihrer Naivität genau das Gegenteil.

**Zwangsprostitution gehört bestraft – Sexuelle Selbstbestimmung gehört zu einer offenen Gesellschaft**

Menschenhandel, Zuhälterei und Zwangsprostitution sind bereits verboten, gehören verfolgt und bestraft. Warum legale Prostitution verboten werden soll, weil man verbotene Tätigkeiten wie Zwangsprostitution nicht aufdeckt, erschließt sich mir nicht. Als selbstständige Unternehmerin und als Mutter von fünf Kindern hatte ich früher nichts mit dem Thema zu tun. Ich bin nach wie vor kein Unterstützer von Prostitution. Die Risiken, die mit dieser Arbeit verbunden sind, sind enorm – inklusive möglicher, lebenslanger körperlicher und seelischer Schäden. Ich muss Prostitution aber als gesellschaftliche Realität sehen. Schon als Kommunalpolitikerin und Ratsfrau in Düsseldorf wurde ich auf Gewalt und Missstände im Umfeld des Prostitutionsgewerbes aufmerksam. Seitdem hat mich das Thema beschäftigt. Nach meinem ersten Einzug in den Deutschen Bundestag wurde ich

2014 Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Prostitution – ein Arbeitsthema, das mich nun seit Jahren begleitet. Als ein Ergebnis verabschiedeten wir 2016/2017 das Prostituiertenschutzgesetz. Es zeigte und zeigen sich erste Erfolge unseres Gesetzes. Dann führte die Corona-Bekämpfung zu geschlossenen Prostitutionsstätten und einem Prostitutionsverbot. Prostitution wurde aus dem öffentlichen Raum verdrängt – mit schwerwiegenden Folgen für die betroffenen Frauen. Für unterstützende Fachberatungsstellen und Behörden sind die Frauen nicht sichtbar und erreichbar. Es ist ein Trugschluss, zu glauben, dass Frauen von einem Prostitutionsverbot oder einer einseitigen Kriminalisierung der Freier nicht getroffen werden. Vielmehr wandert Prostitution ins Dunkelfeld und die Angebote unkontrolliert in Online-Foren und versteckte Räume ab.

**Beim Thema Prostitution wird oft unehrlich argumentiert**

Ich komme aus einer Großstadt, wo die Probleme im Zusammenhang mit Prostitution offener zu sehen sind als in der Vorstadt-Idylle oder im ländlichen Raum. Doch auch dort findet Prostitution statt – in Wohnungen, im Hinterhof, auf Toiletten, in Wohnwagen oder an versteckten und ungeschützten Orten. Viele Akteure und unterschiedliche Interessenslagen sind zu beachten – oft wird verdeckt und unehrlich argumentiert. Ich habe mir zu Eigen gemacht bei Gesetzesvorhaben, mit allen Akteuren und Interessierten über deren Lebenswirklichkeit zu sprechen – um ohne Tabus die Situation zu erfassen, um dann realistische, gute Gesetze machen zu können. Ich habe beim Prostituiertenschutzgesetz mit Prostituierten, Bordellbetreibern, Polizisten, Richtern, Rechts- und

Staatsanwälten, Mitarbeitern von Ordnungsdiensten und Fachberatungsstellen, Verbänden, Kommunal-, Landes- und Bundesbehörden, sowie Therapeuten, insbesondere Sexualtherapeuten gesprochen. Auf die Gespräche mit all diesen Menschen stützt sich meine Bewertung des Themas. Damit alle Beteiligten berücksichtigt werden, haben wir eine umfassende Evaluierung des Prostituiertenschutzgesetzes beschlossen.

**Ein Sexkaufverbot hilft bei der Bekämpfung des Menschenhandels nicht**

Die Vertreter des Nordischen Modells meinen im Vorhinein zu wissen, dass es freie und selbständige „Sexgeschäfte“ gar nicht geben kann. Deshalb fordern sie das Kaufverbot für Sex. In radikaler Lesart betrifft das auch den Tausch als Urform des Kaufvertrags. Aber wie viele „Tauschgeschäfte“ unter Sexualpartnern gibt es? Wenn ein Mann seiner Freundin eine Handtasche kauft, oder eine Frau ihrem jungen Liebhaber ein Essen ausgibt – „unter einer Bedingung“? Ist das auch schon verächtlicher Sexkauf, den es zu verbieten gilt? Der Gesetzgeber kann unmöglich regeln, dass Menschen nur aus tief empfundener Liebe und Vernunft Sex miteinander haben. Wir sollten uns auf die großen Verbrecher der Branche konzentrieren, das heißt Menschenhändler, Zuhälter, darunter auch sogenannte „Loverboys“ verfolgen und bestrafen. Moralische Stigmatisierungen und Selbstgefälligkeiten helfen den Frauen nicht.

**Nordisches Modell – Mehr „Moral“ und mehr Geschlechtskrankheiten**

„Nordisch“ ist das Modell vor allem deshalb, weil die Schwedische Regierung es zu ihrer Außenpolitik gemacht hat,

das sogenannte Sexkaufverbot europaweit zu verbreiten. Streng genommen gibt es aber kein länderübergreifendes „Nordisches Modell“. Die Ausgestaltung der Gesetze in der Europäischen Union, und konkret in den skandinavischen Ländern ist sehr unterschiedlich. Unabhängige Beobachter der schwedischen Gesetzgebung sind längst zu dem Schluss gekommen: Die angeblichen Erfolge zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution stützen sich auf keine solide Datenbasis. In Ländern mit Sexkaufverbot kommt es nachweisbar zu einem Anstieg von sexuell übertragbaren Krankheiten und Gefährdungen der Sicherheit von Frauen. Eine Wissenschaftlerin der Universität Göteborg sprach im Rahmen einer Anhörung des Landtags von Nordrhein-Westfalen vom Sexkaufverbot als Teil eines außenpolitischen „Werbefeldzugs“ der schwedischen Regierung, in den „beachtliche Summen und viel Zeit“ investiert wird. Es habe mit dem „Bedürfnis zu tun, eine nationale Identität als moralisches Gewissen der Welt zu schaffen“. Im Bereich der Sexualgesetzgebung war das angeblich so „liberale“ Schweden ohnehin immer besonders. So wurde – europaweit einmalig – 1987 in Schweden ein Gesetz erlassen, das Sex in Saunen verbot, um die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten in „homosexuellen Dampfbädern“ zu bekämpfen. Das Verbot wurde 2004 wieder aufgehoben, weil sich herausstellte: Kondome schützen besser vor HIV als Sexverbote. Auf der Seite unseres Auswärtigen Amtes wird heute explizit unter den Reise- und Sicherheitshinweisen für Schweden zur Vorsicht gemahnt: „Ein geändertes Sexualstrafrecht verlangt, dass beide Partner ausdrücklich und klar erkennbar mit dem Geschlechtsverkehr einverstanden sein müssen.“ Alles andere wird nach einem schwedischen Gesetz vom 1. Juli 2018 als „unachtsame Vergewaltigung“ gewertet. Es geht soweit, dass in Schweden nun diskutiert wird, was als „verbale“ und was als „nonverbale“ Zustimmung zum Sex gilt. Eine wirklichkeitsfremde Debatte über

Sexualität ist die Folge. Die sozialdemokratisch-grüne Regierung Schwedens heizt europaweit große Diskussionen an, die aus meiner Sicht in der Sache nicht weiterhelfen.

### Die naive Haltung der SPD: Alles könnte ohne Regeln angeboten werden

Mit dem in Deutschland von Rot-Grün eingeführten Prostitutionsgesetz von 2002 galt Prostitution nicht mehr als sittenwidrig und kannte kaum Auflagen. Die damalige Herangehensweise war genauso realitätsfern wie das jetzt geforderte Sexkaufverbot weltfremder Idealisten. In Folge der Osterweiterung der Europäischen Union stieg insbesondere die Zahl von Prostituierten aus Osteuropa. Deutschland wurde zum Magneten für Freier. Es gab keine Regeln. „Sexgeschäfte“ kannten in Deutschland weder Arbeitssicherheit noch Gewaltschutz für die Frauen. Die dramatischen Veränderungen veranlassten uns als CDU/CSU, das Gewerbe zu regulieren. Mit dem Prostituiertenschutzgesetz vor vier Jahren haben wir dann wesentliche Forderungen durchgesetzt. Die Verhandlungen mit unserem sozialdemokratischen Koalitionspartner waren ausgesprochen schwierig. In der SPD herrscht nach wie vor oftmals die naive Haltung: Nichts müsste geregelt werden, alles könnte frei und ohne Regeln angeboten werden. Prostitution wäre ein Beruf wie jeder andere. Da war und bin ich genau anderer Meinung. Es ist eine legale, aber auch eine gefährliche Tätigkeit mit vielen Risiken. Deshalb brauchen wir Schutzvorschriften für die Frauen! In langen Verhandlungen konnten wir als CDU/CSU durchsetzen: eine Anmeldepflicht für Prostituierte, eine Erlaubnispflicht für Prostitutionsgewerbe, Hygiene- und Sicherheitsvorschriften für Bordelle und die Überprüfung der Betreiber. Dadurch konnten z.B. allein 2018 in circa 120 Fällen die Genehmigung nach Überprüfung der Antragsteller verwehrt werden. Unseriöse Betreiber wurden erst gar nicht zugelassen. Auch die Kondompflicht war eine wesentliche Neuerung, für die ich in Freierforen beschimpft wurde – „Mutter der

Kondompflicht“ war darunter noch die harmloseste Beleidigung. Zur Kondompflicht wird heute aus der Praxis berichtet, dass sie die Position der Frauen gegenüber den Freiern gestärkt hat und Gesundheitsschutz für viele Frauen erwirkte. Zwar ist es unmöglich von staatlicher Seite zu kontrollieren, ob Kondome immer und überall benutzt werden – aber: die Frauen können sich jetzt auf ein Gesetz berufen und es darf nicht mehr für mit Sex ohne Kondom geworben werden.

### Das deutsche Strafrecht anwenden – realistische Ziele verfolgen

Das deutsche Strafrecht verbietet Zuhälterei (§181 a StGB - bis zu 5 Jahre Gefängnis), Menschenhandel (§232 StGB - bis zu 10 Jahre Gefängnis) und Zwangsprostitution (§232 a StGB - bis zu 10 Jahre Gefängnis). In dem Zusammenhang stehen außerdem Einschleusung von Ausländern (§96 AufenthaltG – bis zu 10 Jahre Gefängnis), sexuelle Übergriffe, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung (§177 StGB – bis zu 10 Jahre Gefängnis) unter Strafe. Prostitution muss kontrolliert werden, damit die Schutzgesetze greifen können. Im rot-rot-grün regierten Berlin finden abends zum Beispiel kaum Kontrollen durch die Ordnungsämter statt. Ein zuständiger Stadtrat berichtete mir, dass die Mitarbeiter bis 22 Uhr auf der Straße unterwegs sind, und bis 23 Uhr ihre Berichte schreiben. Dann ist für die Berliner Bezirksverwaltungen Feierabend – und die Kernzeit der Prostitution beginnt. Erst durch diese Haltung können sich illegale Formen und Menschenhandel etablieren.

Das Prostituiertenschutzgesetz braucht Kontrolle und Umsetzung. Bei Nichtbeachtung kann es nicht wirken. Von Bundesseite mussten wir das Prostituiertenschutzgesetz „zustimmungsfrei“ gestalten, das heißt ohne die Zustimmung des Bundesrates. Die rot-grün regierten Bundesländer hätten es sonst im Bundesrat verweigert. Die Verfolgung und Kontrolle verblieb somit in der Zuständigkeit der Länder. Die rot-grün regierten Bundesländer blockierten, wo sie nur konnten – und

hielten das Gesetz insgesamt für nicht notwendig.

### Justiz, Polizei und Ordnungsdienste müssen besser ausgestattet werden!

Wo das Prostituiertenschutzgesetz angewendet wird, haben wir den Zugang zu den Prostituierten und können Zuhälter und Menschenhändler wirksamer verfolgen und bestrafen. Die Umsetzung des Gesetzes liegt aber in der Hand der Länder. Die zuständigen Behörden und deren Ausstattung legt jedes Bundesland selbst fest. Die Bundesländer müssen zukünftig ihren Aufgaben besser gerecht werden, wenn sie Zwang und Ausbeutung bekämpfen wollen. Das hat auch das SPD-geführte Bundesfamilienministerium festgestellt: Der im Sommer 2020 vorgelegte erste Zwischenbericht zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes stellt fest, dass die Abläufe in den Ländern oftmals unklar sind. Rot-grün regierte Bundesländer und Großstädte sollten deshalb endlich Justiz, Polizei und Ordnungsdienste so ausstatten, dass sie Kriminalität im Zusammenhang mit Prostitution bekämpfen können.

### Zwang und Gewalt bekämpfen – Sexuelle Selbstbestimmung erhalten

Die Vertreter des „Nordischen Modells“ glauben, dass sie Prostitution verhindern können. Dabei wissen wir, dass es trotz Verboten immer Prostitution gegeben hat – auch vor 2002 als sie in Deutschland als „sittenwidrig“ galt – und in allen politischen Systemen des letzten Jahrhunderts. Auch in der DDR gab es zur Verwunderung führender Köpfe der SED die „Krankheit des Kapitalismus“, wie einige Kommunisten die Prostitution nannten. Das sozialistische Strafgesetzbuch der DDR stellte deshalb Prostitution unter Strafe als „Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“ (§249 DDR-StGB), nach dem Vorbild der „Parasitengesetze“ der Sowjetunion. Anstatt – wie früher – Frauen als „Asoziale“ zu kriminalisieren, sollen jetzt nach Vorstellung einiger Feministinnen Männer als besonders verächtliche „Sexkäufer“ kriminalisiert werden.

### Prostitution während Corona – Sie findet weiterhin und ungeschützt statt

Undifferenzierte Maßnahmen und Gesetze helfen den Frauen nicht. Darin bin ich mit vielen Fachberatungsstellen einig. Die AIDS-Hilfe weist zurecht daraufhin, dass die Befürworter des Sexkaufverbots nur weibliche Sexarbeit thematisieren, aber männliche Prostitution ausblenden. Die immer noch wichtige Bekämpfung von HIV wird durch Kaufverbote von Sex nicht gelingen.

Während der Pandemiebekämpfung 2020 und auch jetzt aktuell können wir den Prozess beispielhaft erleben: Die Schließung der Bordelle zeigt verlagert Prostitution ins Unsichtbare. Sie findet im Wald, auf der Straße, in Privatwohnungen oder Hotels statt. Zudem sind die derzeit gültigen Corona-Verordnungen der Länder oft nicht eindeutig genug.

### Fazit

Die Argumentation – „Frauen sind immer Opfer, die Männer immer Täter“ – ist viel zu einfach. Mit der Einführung eines Prostitutionsverbots, die das Nordische Modell vorsieht, werden wir die Ausbeutung der Frauen nicht verhindern, sondern verschleiern. Eher werden wir noch die Scheu erhöhen, sich an die Polizei zu wenden, zumal viele Prostituierte aus dem Ausland unsere Strukturen und Gesetze nicht kennen. Zwangsprostitution, Zuhälterei und Menschenhandel sollten wir weiter konsequent bekämpfen – und dafür brauchen wir das Prostituiertenschutzgesetz, das dringend durchgesetzt werden muss.



*Sylvia Pantel ist seit 2013 direkt gewählte CDU-Abgeordnete aus Düsseldorf*

*Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

## DARUM HABEN WIR DEN BERLINER KREIS IN DER UNION GEGRÜNDET

Wir leben in einer Zeit großer Veränderungen und gesellschaftlicher Umbrüche. Die Menschen erwarten von der Politik klare Antworten, Orientierung und Führung. Konturlosigkeit und Relativismus gibt es genug. Wenn wir als Union eine starke politische Kraft bleiben wollen, darf nicht der Zeitgeist unser Handeln bestimmen. Wir müssen uns wieder auf unsere Grundüberzeugungen besinnen. Es ist unsere Aufgabe, den Menschen zu verdeutlichen, dass die kulturellen Errungenschaften und das christliche Wertefundament unabhängig von „konjunkturellen“ Schwankungen und gesellschaftlichen Trends Geltung behalten und Richtschnur bleiben müssen. Unser Anliegen ist es, dass unsere Überzeugungen nicht verblasen.

Wir wollen einen Beitrag zur Selbstvergewisserung und Bestimmung wertkonservativer Überzeugungen in der Moderne leisten. Deshalb organisieren wir uns als Berliner Kreis in der Union. Der Berliner Kreis hat sich zunächst als Gesprächs-zirkel aus Mandatsträgern der Unionsparteien auf Bundes- und Landesebene etabliert. Er versteht sich als eine offene Diskussionsrunde innerhalb der Union. Ziel ist es, dass die konservativen, die christlich-sozialen und die liberalen Wurzeln der Unionsparteien besser als bisher erkennbar und im politischen Alltag umgesetzt werden. Eine Welle von Rückmeldungen in der Gründungsphase des Berliner Kreises zeigen, dass die Union nicht zuletzt im Bild ihrer Stammwähler als zu beliebig und zu wenig unterscheidbar von der politischen Konkurrenz wahrgenommen wird.

Wir laden deshalb alle Bürgerinnen und Bürger, die sich den Grundüberzeugungen der Union verpflichtet fühlen und an einem klaren Profil unserer Parteien interessiert sind, herzlich ein, sich in der Union zu engagieren. Die Union hat sich seit ihrer Gründung immer wieder erneuert, gesellschaftliche Entwicklungen aufgenommen und gestaltet. Dies findet unter anderem seinen Niederschlag in den regelmäßig fortgeschriebenen Grundsatzprogrammen. Eine sichere Zukunft in Freiheit, Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt sind die dauerhaften Ziele der Union. Das bedeutet für uns aber auch, das Neue nur dann an die Stelle des Alten zu setzen, wenn es besser ist als das Bestehende: „Neu“ allein heißt nicht zwingend „besser“. Wir wollen nicht die Grundsätze aus dem Auge verlieren, die sich bewährt haben und uns Menschen vorgegeben sind. Die Union muss die große Volkspartei der Mitte bleiben. Wertkonservative, christlich-soziale und wirtschaftsliberale Wähler müssen gerade in der

Union ihre Heimat sehen. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, dass die größte „Partei“ inzwischen die Gruppe der Nichtwähler ist. Wir wollen unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele verbinden.

Unterschiede in den Meinungen und Interessen müssen offen und in gegenseitiger Achtung und Toleranz ausgetragen werden. Der Berliner Kreis versteht sich als Initiator einer Debatte, die Ideen und Zielvorstellungen entwickelt, wie wir im 21. Jahrhundert leben wollen. Dabei lassen wir uns von dem Gedanken leiten, dass der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns steht. Der Einzelne hat genauso einen Anspruch auf größtmögliche Freiheit zur Entfaltung eigener Talente, wie er die Gewissheit haben muss, dass im Notfall die Gemeinschaft für ihn da ist. Innerhalb eines Ordnungsrahmens, den der Staat zu setzen hat, finden Bürgerinnen und Bürger Freiraum, um sich in der Verantwortung für das Gemeinwesen zu entfalten und in Freiheit am Markt zu agieren. Um dies zu erreichen, muss die Union in zukünftigen Wahlen selbstbewusst zu ihren Werten stehen, ihre eigenen Anhänger mobilisieren und die Unterschiede zu anderen Parteien deutlich machen. Eine „asymmetrische Wählerdemobilisierung“ führt nicht zum Ziel. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in allen Grundsatzfragen sind der Schlüssel zum Erfolg. Als Berliner Kreis wollen wir unmissverständlich sagen, wofür die Union steht und was mit der Union nicht zu machen ist. Wir rufen alle, die ein klares Profil der Union wünschen, dazu auf, sich zu beteiligen. <http://berliner-kreis.info/>



Christean Wagner, Initiator des Berliner Kreises



Sylvia Pantel, Co-Sprecherin des Berliner Kreises



Klaus-Peter Willsch, Co-Sprecher des Berliner Kreises

Verantwortlicher gemäß § 5  
TMG: Berliner Kreis in der  
Union e. V.

vertreten durch  
Sylvia Pantel, MdB;  
Platz der Republik 1; 11011  
Berlin und  
Dr. Christean Wagner

Sie wünschen  
regelmäßige  
Informationen?  
Schreiben Sie eine Mail  
an: [kontakt@berliner-  
kreis.info](mailto:kontakt@berliner-kreis.info)



**Vorsitzender:** Dr. Christean Wagner  
**Sprecher:** Sylvia Pantel MdB, Klaus-Peter Willsch MdB  
**Email:** [kontakt@berliner-kreis.info](mailto:kontakt@berliner-kreis.info)